

Freitag, 23. September 2022, Frankfurter Neue Presse / Lokales

Frankfurt will in großem Stil die Sonne auf den Dächern nutzen

Solaroffensive soll bis 2035 Klimaneutralität für die Stadt sicherstellen - Großes Potenzial wird bislang nur zu einem geringen Anteil genutzt



Solarmodule einer Photovoltaikanlage stehen auf dem Dach der Frankfurt School mit der Skyline der Stadt im Hintergrund. FOTO: dpa

Frankfurt - Mit großer Mehrheit hat die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstagabend eine Solaroffensive beschlossen. Neben der Koalition aus Grünen, SPD, FDP und Volt stimmten auch die Fraktionen von CDU, Linke, Ökolinx und die Fraktion „Die Fraktion“ dafür.

Ziel der Solaroffensive ist es, bis 2035 auf allen Dachflächen von privaten Gebäuden, die sich aus technischen und wirtschaftlichen Gründen für die Errichtung von Solartechnik-Anlagen eignen, Solaranlagen zu installieren.

Vertreter von CDU, der Linken und der Fraktion kritisierten allerdings die späte Vorlage. „Die Koalition hat viel Zeit verloren“, sagte Yannick Schwander (CDU) und bezifferte den Zeitverlust auf ein halbes Jahr. Schwander monierte, dass eine Solaranalyse für die städtischen Dächer fehle und for-

derte die Koalition auf, „ihre Grundsätze mit mehr Leben zu füllen“. Er warnte zudem vor bürokratischem Aufwand. Seine Kollegin von der Linken, Pearl Hahn, fragte: „Was haben die Grünen in den vergangenen 30 Jahren, als sie an der Regierung waren, gemacht?“ Die Linke habe vor 16 Jahren einen Antrag mit dem Titel „Klimaschutz durch Solarstrom“ gestellt, der damals abgelehnt worden sei. Gleichzeitig betonte Hahn, dass die Kritik an der Langsamkeit der Grünen seitens der CDU heuchlerisch sei, denn auch die CDU sei in der Regierungsverantwortung gewesen. Das Potenzial für Solarenergie werde derzeit in Frankfurt nur zu 0,03 Prozent genutzt.

Herbert Förster von „der Fraktion“ kritisierte, dass das Programm erst im Frühjahr 2023 an den Start gehe - „wenn es schnell geht“. Zudem vermisst Förster klare Zielvorgaben. So steht im Antrag, dass „bis möglichst 2035 auf allen Dachflächen von privaten Gebäuden Photovoltaikanlagen in Betrieb genommen werden können“. „Können ist kein Ziel“, sagte Förster. Ihm fehlen auch stufenweise Zielvorgaben, beispielsweise, was der Magistrat bis zu welchem Zeitpunkt erreichen will. David Edelmann (Grüne) unterstrich die Vorteile des Solarstroms. Der selbst erzeugte Solarstrom koste mit 6,3 bis 11,3 Cent je Kilowattstunde deutlich weniger als der durchschnittliche Strompreis von derzeit durchschnittlich 32,1 Cent je Kilowattstunde. Edelmann sprach auch davon, dass die Mieter von der Solaroffensive profitieren sollten, etwa durch Minianlagen auf dem Balkon. 80 Prozent der Frankfurter Haushalte seien Mieter. Edelmann erwähnte das preisgekrönte Mieterstrommodell des städtischen Energieversorgers Mainova.

Peter Thoma (FDP) warnte vor vielen bürokratischen Hürden. Es sei nicht damit getan, „sich etwas aufs Dach zu schrauben“, vorab müsse die Statik geprüft werden. Wer sich eine Solaranlage aufs Dach hole, werde zum Energieversorger und müsse Steuern zahlen. Für Thoma sind „Klimaschutz und Marktwirtschaft kein Widerspruch“. Eigentum verpflichte, aber möglicherweise müssten an einem Teil der Kosten die Mieter beteiligt werden, denn diesen komme die Investition wegen niedriger Nebenkosten zugute. Thoma ist vom Fach. Er ist Obermeister der Frankfurter Innung für Sanitär, Heizung und Klima und Inhaber eines Ingenieurbüros für Energiefragen.

Martin Huber, Fraktionschef von Volt, wies darauf hin, dass die EU so viel Solarstrom wie noch nie produziere, dennoch seien derzeit nur 3,5 Prozent des Potenzials genutzt. Angesichts der Energiekrise wegen des Ukraine-Krieges bezeichnete er die Solarenergie als „Dreh- und Angelpunkt unserer freiheitlichen Lebensweise“. Thomas Remlein